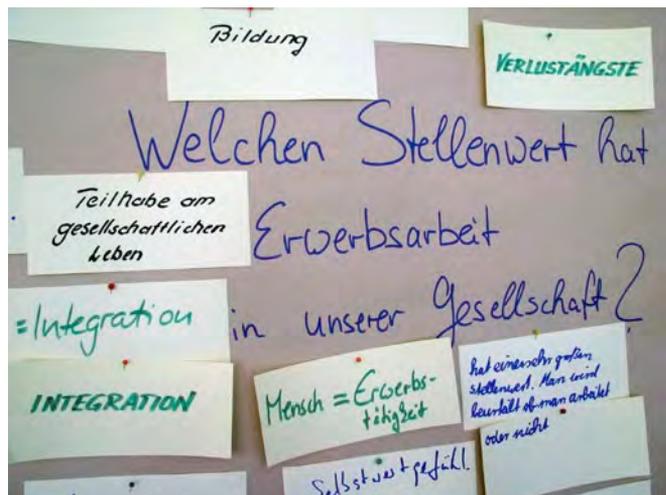


Weder Armut noch Überfluss

Hans Diefenbacher über die neue (Arbeits)Freiheit in der Postwachstumsgesellschaft

Pat Christ



Stellenwert der Erwerbsarbeit. – Foto: Pat Christ

Unter dem Kommando der Wachstumsideologen wird geschuftet auf Teufel komm raus. Arbeit ist in unserer Gesellschaft von höchstem Wert. Allerdings nur die Erwerbsarbeit. Andere Arbeit findet zwar zuhauf statt. Doch wird sie nicht entlohnt. Und schon gar nicht wertgeschätzt. „Hier bedarf es einer Veränderung des gesellschaftlichen Monitorings“, fordert der Umweltökonom Professor Hans Diefenbacher von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST).

Die Plausibilität von Wachstum als höchstes wirtschaftspolitisches Ziel steht zunehmend in Frage. Zwar wird es durch Wachstum – rein theoretisch – möglich, immer mehr zu konsumieren. Doch laut Diefenbachers Analysen steigt die Lebenszufriedenheit dadurch nicht an. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Denn zu viel bleibt auf der Strecke. In einer rein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgerichteten Gesellschaft haben etwa Hausarbeit oder Ehrenamt kaum einen Wert. Dennoch zielen die Appelle der Politiker und Politikerinnen einzig auf

ein Hinauftreiben des BIP als unangefochtenes Ziel ab.

Nicht nur Politikern diesen Star zu stechen, darum bemühen sich Aufklärer wie Hans Diefenbacher immer intensiver. So zeigt der Heidelberger Forscher auf, dass ab einem bestimmten Einkommen eine klare Entkopplung der Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und der empfundenen Lebensqualität stattfindet.

Eine Umprägung der Gesellschaft weg vom traditionellen Wachstumsverständnis hin zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit erscheint ausgesprochen sinnvoll. Ein Nationaler Wohlfahrtsindex (NWI) könnte dann zum neuen Maßstab werden.

Schon in den 1990er Jahren wies Diefenbacher auf instabile Währungssysteme durch Turbulenzen auf den Devisenmärkten und deren Folgen für ein ökologisch und sozial verträgliches Arbeiten hin. Fast ebenso lange beschäftigte er sich mit der Frage, wie Wohlfahrt statistisch gemessen werden kann. 2009 wurde der von ihm mitentwickelte Wohlfahrtsindex erstmals vorgelegt. Er bezieht Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit ein. Negativ bilanziert werden dagegen Schäden wie die Verschmutzung von Luft, Boden, Gewässer und Gesundheit sowie die Verringerung des Naturkapitals an Boden, Wäldern, Ressourcen, Artenvielfalt und Klima.



Hans Diefenbacher – Foto: privat

Kommandogewalt des BIP

Hätte nicht mehr das BIP die Kommandogewalt, könnte sich die Politik ganz neue Ziele setzen, so Diefenbacher. Sie wäre dann, anders als heute, ernsthaft bestrebt, den Einsatz nicht erneuerbarer Ressourcen zu mindern, ökologische Belastungen zu reduzieren sowie Konsum, Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.

Wo die Prinzipien des Wohlfahrtsindexes walten, würde auch der Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen verbessert. Jede Form informeller Arbeit würde gefördert und es würde politisch sehr viel mehr getan, um die Kosten von Verkehrsunfällen, Kriminalität sowie Krankheiten, die auf gefährlichen Alkoholkonsum zurückzuführen sind, zu senken.

Eigentlich duldet die Kursänderung keinen Aufschub mehr. Doch was geschieht? Diefenbacher: „*Verfechter einer ‚grünen‘ Wachstumsstrategie betonen die Arbeitsplatz schaffenden Wirkungen einer ‚green economy‘.*“ So schätzt eine Studie der International Labour Organization im Rahmen der „Green Jobs Initiative“, dass weltweit in den kommenden zwei Jahrzehnten bis zu 60 Millionen „grüner“ Arbeitsplätze entstehen könnten. Der Übergang zu einer „green economy“ würde die Hälfte aller Arbeitsplätze betreffen: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ener-

gieerzeugung, rohstoffintensive Industrien, Kreislaufwirtschaft, Bau und Transport.

Wer dieser Strategie anhängt, verschließt nach Diefenbachers Ansicht die Augen vor den programmierten ökologischen Schäden: „*Etwas durch Überfischung der Meere.*“ Vor allem ein Ziel wird außerdem sicher nicht erreicht: Dass jeder Mensch genug Erwerbsarbeit hat, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Denn auch der „grüne Wirtschaftsbereich“ erlebt eine Technisierung. „*Mit der ‚green economy‘ ist schließlich ein Rückgang anderer, nicht nachhaltiger Branchen und Produktionstechnologien verbunden*“, warnt der Umweltökonom: „*Mit einem entsprechenden Rückgang auch der Beschäftigung in diesen Bereichen.*“

Heute geht's für viele sozial bergab

Statt weiter expandierenden Kapitalismus fordert Diefenbacher das konsequente Ende der traditionellen Wachstumsstrategie. Als Ideale einer Postwachstumsgesellschaft macht er das Motto „*Genuss und Nachhaltigkeit*“ aus. „*Eine bewusste Konzentration auf ein geringeres Verbrauchsniveau steigert die Qualität des Konsums und bringt ein weitaus höheres Maß an Lebensqualität hervor*“, betont der Verfechter eines lokalen Wirtschaftens.

Während die Erfüllung medial aufoktrozierter Bedürfnisse heute viel Kraft abfordert, könnte der Mensch der Postwachstumsära das Ideal des „*Voluntary simplicity*“ leben. Dabei werden die eigenen Bedürfnisse – teilweise radikal – begrenzt, um die eigene Zufriedenheit zu steigern.

Während es in der Wachstumsgesellschaft für viele Menschen sozial bergab geht, dieweil andere immer reicher werden, würde die Postwachstumsgesellschaft außerdem das Motto leben: „*Weder Armut noch Überfluss*“. Was sowohl national wie auch international gelten müsste. „*Wobei eine ‚Ökonomie der Genügsamkeit‘ nicht allein durch moralische Erwägungen für ein faires Teilen der auf der Erde vorhandenen Ressourcen begründet sein muss. In vielen Ansätzen geht es darum, einen Entwicklungspfad zu definieren, in dem*

ein fehlendes Wachstum zu einer dennoch steigenden Wohlfahrt führt“, erläutert der Wissenschaftler.

Cui bono? Auf das herrschende System bezogen, ist diese Frage leicht zu beantworten: Wie wir derzeit leben und arbeiten, das nützt in erster Linie den (Geld)Mächtigen. Während deren Freiheit wächst, wird die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger immer stärker eingeschränkt. Wer hat denn noch die echte Wahl, wie er sein Leben gestalten möchte? Ob sie oder er gewerblich, handwerklich, industriell, pflegerisch oder im häuslichen Bereich tätig sein möchte? Ob er oder sie sich um kleine Kinder, um Tiere oder die Natur kümmern will?

In der Postwachstumsgesellschaft wird eine Regierung Freiheit neu gewichten. Das Bürgerinnen- und Bürgerrecht auf echte Wahlfreiheit bezüglich der Frage, mit welcher Form von Arbeit ein Mensch sein Leben gestalten möchte, kann es laut Diefenbacher allerdings nur geben, wenn eine Grundsicherung eingeführt wird. Ohne dieses Instrument wird es nicht möglich sein, den vor allem in Deutschland massiven Zwang und Stress im Erwerbsleben zurückzuschrauben.

Ein berechtigter Einwand



Schwerstarbeit. – Foto: Pat Christ

Beliebt, an dieser Stelle den Einwand anzubringen: Wer würde dann noch „*Drecksarbeit*“ verrichten? Wer für die Abfuhr des Mülls sorgen? Wer sich um pflegebedürftige Menschen kümmern? Wer Kanäle säubern? Natürlich müssten diese Arbeiten durch entsprechende Bezahlung aufgewertet werden, meint Diefenbacher: „*Oder es stünde eine Umorganisation dieser Arbeitstätigkeiten an, wenn sich niemand mehr fände, sie zu übernehmen.*“

Was in der plutokratischen Diktatur verunmöglicht ist, soll in der Postwachstumsgesellschaft wieder möglich werden: Menschen bestimmen selbst über ihr Leben. Was aber auch heißt, dass sie mit dieser Freiheit umgehen können. „*Für die angestrebte neue Mischung der Arbeitsformen zwischen formeller und informeller Ökonomie ist eine ‚Kultur der Selbständigkeit‘ erforderlich*“, betont Diefenbacher. Was zwingend einen besseren Zugang zum Bildungssystem voraussetzt.

Die derzeit noch ungebrochene Expansion des kapitalistischen Systems bringt schließlich immer höheren, nicht reflektierten technischen Fortschritt mit sich. Auch das kann und darf in der Postwachstumsgesellschaft nicht mehr so sein. Fortschritt hat sich an einem „*menschlichen Maß*“ auszurichten. Diefenbacher: „*Der Einsatz von Technik entscheidet sich nicht zuletzt an der Frage der Besitzstrukturen bei den Produktionsmitteln.*“ Der Ausbau von Strukturen regionaler Ökonomien in Verbindung mit neuen, etwa genossenschaftlichen Organisationsformen und der Konzentration auf ein regionales Bankensystem könnte ein Weg sein.



Forderung nach gerechter Bezahlung. Foto: Pat Christ

Dass das Leitbild der „*guten Arbeit*“ die heutigen gewerkschaftlichen Diskussionen bestimmt, ist dem Forscher übrigens zu wenig. Allerdings gibt es Hoffnung. So forderte ver.di vor zwei Jahren einen sozial-ökologischen Umbau der Volkswirtschaft. Damit dieser politisch durchgesetzt werden könne, sei es erforderlich, dass neue Konzepte von Lebensqualität entwickelt und die sozial- und beschäftigungspolitischen Ziele mit Nachdruck verfolgt werden. Die Wirtschaftspolitik soll der Gewerkschaft zufolge auf „*ein qualitatives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum des BIP*“ ausgerichtet werden. Liebe ver.dianer - siehe NWI!